



Antwort zur Anfrage Nr. 0983/2018 der ÖDP-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Oberstadt  
betreffend **Verkehrsprobleme in der Oberstadt (ÖDP)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vorangestellt sei, dass verschiedene Ursachen für die aufgeführten Problembereiche nicht direkt von der Verkehrsverwaltung beeinflusst werden können bzw. im Spannungsfeld konkurrierender Interessen, z.B. zwischen fließendem und ruhendem Verkehr aber auch dem Schutz des Grünbestandes stehen. So ist beispielsweise festzustellen, dass die nachmittäglichen Überlastungen an der Goldgrube durch die ebenso täglichen Rückstaus auf der BAB A 60 vor dem Autobahnkreuz Mainz-Süd verschärft werden. Es ist davon auszugehen, dass durch die baustellenbedingt noch zusätzlichen Behinderungen viele Autofahrer auf die innerstädtische Parallelroute ausweichen, um über die Pariser Straße auf die A 63 zu gelangen.

Der Spielraum der Diskussionen über die Zukunft der Radwegeverbindung entlang der Goldgrube wird durch das Erhaltungsbedürfnis der Baumallee und des Wurzelschutzes eingeschränkt. Da gerade zu diesem Thema eine separate Beschlussvorlage eingebracht wurde, wird dieses im Folgenden ausgeklammert. Allerdings möchte die Verwaltung auch noch einmal darauf hinweisen, dass ungeachtet der Situation in der Achse an der Goldgrube – am Stiftswingert in beiden Richtungen parallel sehr geeignete Alternativen bestehen, nämlich über den Landwehrweg und den Bretzenheimer Weg sowie über den Drususwall, die Ritterstraße und Am Rosengarten.

Bezüglich einer Neukonzeption im ruhenden Verkehr im Bereich Adelongstraße, Martin-Luther-Straße etc. ist die Verwaltung in den letzten Jahren bereits mehrfach tätig geworden. Konkret wurden die Voraussetzungen zur Einrichtung einer neuen Bewohnerparkzone in diesem Areal untersucht. Entgegen einer augenscheinlich zunächst gegenteiligen Einschätzung hat die dezidierte Überprüfung der laut StVO anzuwendenden, strengen Kriterien ergeben, dass ein Vorliegen eben dieser Voraussetzungen nicht gegeben ist. Dies wurde zuletzt Mitte 2016 untersucht. Die Ergebnisse bestätigen die Erkenntnisse aus dem Jahr 2015, bei denen der öffentliche Parkraum für ein Bewohnerparken nicht die geforderte, ganztägig hohe Auslastung aufwies.

Die Verwaltung ist sich dessen bewusst, dass die zunehmende Verdichtung in den benachbarten Arealen zu einer höheren Auslastung in Zukunft beitragen könnte. Insofern sind künftig weitere Nacherhebungen vorgesehen.

1. *Welche schnellen und sicheren Veränderungen plant die Stadt Mainz?*

Die Verwaltung hat einen Vorschlag entwickelt, mit dem Schleichverkehre von der Welschstraße kommend auf der Achse Eichelsteinstraße/Wilhelmiterstraße verhindert werden sollen. Mit einer so genannten „unechten“ Einbahnstraßenregelung in der Wilhelmiterstraße sollen die Verkehre auf die Ritterstraße gelenkt werden, sodass Verkehrsbelastung und hieraus resultierende Gefährdungen für Bewohnerinnen und Bewohner -insbesondere Kinder- auf diesen Straßenzügen reduziert werden.

Die Schulstandorte rund um die Hechtsheimer Straße sollen aus Richtung Weisenau sicherer erreichbar gemacht werden, indem der bereits gerodete Abschnitt entlang des Gehwegs am Heiligkreuzweg befestigt wird. Die Maßnahme ist für die Sommerferien vorgesehen und dient dann als gemeinsamer Geh- und Radweg mit ausreichender Breite.

2. *Welche Lösung der oben geschilderten Probleme will die Verwaltung mittel- bis langfristig auf den Weg bringen?*

In Bezug auf die geforderten Verbesserungen im ÖPNV erarbeitet die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans gemeinsam mit der MVG zurzeit ein Ziellinienkonzept mit einem neuen Taktgefüge und Fahrtenverdichtung auf nachfragestarken Abschnitten. Die Verwaltung wird diese Überlegungen nach der Sommerpause dem Ortsbeirat vorstellen.

3. *Wäre die Verwaltung bereit, zu diesem Themenkomplex eine Bürgerversammlung im Ortsbezirk Oberstadt durchzuführen?*

Die Verwaltung erarbeitet derzeit neue Leitlinien zum Thema Bürgerbeteiligung. Diesen Prozess gilt es abzuwarten. Bis dahin schlägt die Verwaltung vor, bereits etablierte Bürgerbeteiligungsverfahren zu nutzen (z.B. Bürgerforum „Meine Stadt – meine Ideen“ oder „Zukunftswerkstatt“) und hier die Verkehrsthematiken einzuspeisen.

Mainz, 11.06.2018

gez. Eder

Katrin Eder  
*Beigeordnete*